

SPD will Sanierungspaket aufschnüren

Politische Diskussion um „Kronberg 2016“ beginnt

bie. KRONBERG. Für den kommunalen Schutzschirm des Landes war die Lage nicht desolat genug. Doch seit die Gewerbesteuer nicht mehr so sprudelt wie früher, klaffen Einnahmen und Ausgaben in Kronberg jedes Jahr um einen Millionenbetrag auseinander. Außer einem Defizit – 2013 voraussichtlich in der Höhe von 6,1 Millionen Euro – drücken die Stadt auch die auf 38,8 Millionen Euro gestiegenen Schulden. Deshalb wird seit Jahren in der Politik über das Sparen geredet. Jetzt will die Stadt ihren Haushalt erstmals mit der Hilfe von Bürgern sanieren. Und zwar nicht, indem diese nur höhere Steuern zahlen, sondern indem sie den Kommunalpolitikern Ratschläge erteilen. Aus dem vor einem Jahr vorgestellten Nachhaltigkeitsbericht, der in Zusammenarbeit mit einem Kronberger Beratungsunternehmen entstanden ist, hat sich das Beteiligungsprojekt „Kronberg 2016“ entwickelt. Vor allem Bürger mit wirtschaftlichem Sachverstand machten sich unter Federführung von Andreas Muth daran, mit dem Blick des Außenstehenden ein Konzept zur finanziellen Gesundung zu erarbeiten.

Der Name signalisiert, dass der Haushalt bis 2016 ausgeglichen werden soll: durch höhere Gewerbesteuereinnahmen, geringere Personalkosten, steigende Kindergartenbeiträge, Kürzungen bei Stadtbücherei, Vereinsförderung und Informationstechnologie, die Streichung des Stadtbusses und mehr interkommunale Zusammenarbeit. Um die Schulden abzubauen, sollen zudem Grundstücke im Wert von 6,5 Millionen Euro sowie städtische Gebäude für 30 Millionen Euro verkauft werden. Dadurch wiederum sollen sich Zins- und Unterhaltskosten für die Immobilien in Höhe von 1,2 Millionen Euro einsparen lassen. Ende August sind die Vorschläge öffentlich vorgestellt worden, und auch der Magistrat hat sich inzwischen damit befasst.

Um die Einschnitte und teilweise erheblichen Belastungen gleichmäßig zu verteilen, hatten die Verantwortlichen der Projektgruppe Wert darauf gelegt, dass „Kronberg 2016“ als Gesamtpaket betrachtet wird. Einzelne Punkte, die herausgenommen würden, müssten durch gleichwertige ersetzt werden. Gerade diesen Aspekt sieht die SPD allerdings kritisch. Zu viele Punkte innerhalb des Pakets seien mit Fragezeichen versehen, sagte der Fraktionsvorsitzende Christoph Kö-

nig. So seien Mehreinnahmen von 240 000 Euro beim Waldschwimmbad nur schwer zu realisieren, weil dieser Posten schon wetterabhängig zwischen 150 000 und 250 000 Euro im Jahr schwanke. Auch die errechnete Einsparung bei den Immobilien hält König für zu hoch angesetzt, weil sie zwei Drittel der jetzigen Kosten ausmachen würde. Und zu viele Häuser und Grundstücke dürfe man nicht verkaufen, um die Bonität der Stadt nicht zu gefährden. Der Ausgleich des laufenden Haushalts habe Vorrang. Dann erst könne man langsam die Schulden abbauen.

Das Konzept sei nicht die Herausforderung, sagte Königs Fraktionskollege Thomas Maurer, sondern die Umsetzung. „Sonst kommt auch bei diesem Paket nicht einfach eine schwarze Null heraus.“ Deshalb will die SPD die Vorschläge von „Kronberg 2016“ durchaus einzeln disku-

ANZEIGE

FAZ-100Aab



tieren und bewerten. Schließlich gehe es auch um politische Entscheidungen, sagte König und nannte als Beispiel, städtische Wohnungen nicht nur mit Blick auf den größten Erlös zu verkaufen. Nicht mit jeder Rechnung zeigen sich die Sozialdemokraten einverstanden. So seien beim Stadtbus die Fahrgastzahlen heruntergerechnet und bei den Kosten das Anrufsammeltaxi und der Beitrag für den Verkehrsverband Hochtaunus hinzugenommen worden. Dabei habe die Koalition aus CDU und SPD gerade mit dem neuen Stadtbuskonzept den Zuschuss von 400 000 Euro halbiert. König deutete aber an, dass das Anrufsammeltaxi zur Disposition steht und der Vertrag vermutlich nicht verlängert wird. Grundsätzlich sei der Ansatz, Ideen von außen gegen die eigene Betriebsblindheit zu sammeln, richtig gewesen. Und wenn die Bürger ihre Kontakte zur Ansiedlung neuer Unternehmen nutzen wollten, sei dies ein echter Gewinn.